



# BUNDESMINISTERIN

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz  
DR. CHRISTA KRAMMER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2  
Telefon: 0222/711 72  
Teletex: 322 15 64 BMGSK  
DVR: 0649856

GZ 114.140/41-I/D/14/95

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER  
Parlament  
1017 Wien

6. MAI 1995

XIX. GP-NR  
862 /AB  
1995 -05- 26

zu

865 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Robert Rada und Genossen haben am 29. März 1995 unter der Nr. 865/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend länderübergreifende Lösungen für Krankenhausaufnahmen Wien-Niederösterreich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Welche rechtlichen Maßnahmen sind von Seiten des Bundesministeriums für Gesundheit vorgesehen, um die Bundesländergrenzen als Barrieren für bundesweite Krankenhausaufnahmen abzubauen?
2. Werden Schritte eingeleitet, um ein bundesweit anwendendes Modell für Ausgleichszahlungen bezüglich Spitalsbetten bzw. Krankenanstaltenaufenthaltstage zu etablieren?
3. Welche finanzielle Rolle könnte der Bund bei der Abgeltung des Spitalerhalters Wien bei Inanspruchnahme von Niederösterreichern/-innen von Gesundungsleistungen spielen?
4. Welche funktionierenden Modelle anderer Staaten sind dem Bundesministerium für Gesundheit bekannt, die die unter den Punkten 1 und 2 angesprochene Problematik einer raschen Lösung zuführen könnten?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 2 -

Zu den Fragen 1 bis 4:

Gemäß Art. 33 Abs. 2 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994, BGBl. Nr. 863/1992, gelten mit der vereinbarten länderweisen Verteilung der Mittel die aus Leistungen für inländische Fremdpatienten in den Jahren 1991 bis einschließlich 1994 entstandenen wechselseitigen finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten als erfüllt.

Der Bund und die Länder haben sich darauf geeinigt, den Gel- tungszeitraum der genannten Vereinbarung bis 31. Dezember 1995 zu erstrecken.

Damit konnte die sogenannte Fremdpatientenproblematik jedenfalls bis zum Ablauf des Jahres 1995 länderübergreifend gelöst werden.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz strebt eine umfassende Reform der Spitalsfinanzierung auf der Grundlage des Systems der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung an.

Soferne die Spitalsfinanzierung ab dem Jahre 1996 auf der Grundlage dieses Systems erfolgt, wäre auch die Problematik der Abgeltung der inländischen Fremdpatienten gelöst.

